

derung von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit. Nur sie sorgt für den Kitt, ohne den eine moderne demokratische Gesellschaft nicht auskommt. Nur ein Gesellschaftsmodell, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, kann auf Dauer die Basis für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Stabilität bieten. Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben das eindringlich demonstriert. Vielfältige Kompromisse zwischen Markt und sozialen Reformen waren es, die in der westlichen Welt starkes Wachstum und sozialen Frieden sicherten (Jeffrey Frieden).

Heute müssen wir für die Werte und die Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft kämpfen. Wir müssen begreifen, dass im Zeitalter globaler Märkte Wirtschaftspolitik Sozialpolitik ist – und umgekehrt. Das ist der wirtschaftlichen und politischen Elite der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht ausreichend bewusst. Sie hat Schutzmechanismen gegen den Turbokapitalismus bisher weitgehend abgelehnt. Es geht nicht um Protektionismus. Es geht darum, dass wir den Kampf um die Soziale Marktwirtschaft aufnehmen. Daran wird sich beweisen, ob die Verantwortungsträger des Landes ihrer Aufgabe gerecht werden.

Karl Lauterbach

Wie die Privilegierten das Land ruinieren

Der Befund ist eigentlich seit langem klar: Das Bildungs-, Gesundheits- und Pflegesystem in Deutschland ist ineffizient, fast nirgends sonst in Europa ist die Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten so hoch, was langfristig auch das Fundament der Demokratie gefährdet. Doch bisher hat sich nichts an dieser neuen Klassenspaltung geändert. Was wir jetzt brauchen, ist eine Kampfansage.

Karl Lauterbach

(* 1963) MdB, ist Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität zu Köln und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages. 2007 erschien bei Rowohlt Berlin: *Der Zweiklassenstaat*.

karl.lauterbach@bundestag.de



Für den Einzelnen bedeutet unser Sozialstaat immer häufiger ein unerfülltes Leben. Chancenlos in die falsche Familie geboren, nach schlechter Bildung arbeitslos und auf Hilfe des Staates angewiesen, bald schon unnötig erkrankt, dann arm und früh gestorben – das klingt wie ein schlechtes Drehbuch. Es ist aber zunehmend die Wirklichkeit für all jene Menschen, die ohne jedes Privileg in Deutschland geboren werden. Der Staat schafft hier eine Klasse sys-

tematischer Verlierer. Er muss sie nicht nur für den größten Teil ihres Lebens subventionieren, sie sind auch politischer Sprengstoff. Sie gefährden den sozialen Frieden, und sie werden nicht dauerhaft bereit sein, sich in einem Staat moralisch zu verhalten, den sie selbst als unmoralisch erleben.

Noch gleicht der Exportweltmeister äußerlich einem Muskelprotz. Doch der Krebs im Inneren wächst. Er verursacht uns bislang nur keine Schmerzen, weil die besonders gut ausgebildeten Babyboomer noch den Arbeitsmarkt beherrschen. Sie sind heute auf dem Höhepunkt ihrer persönlichen Produktivität, ihrer Gesundheit und ihres Einkommens und tragen wie keine andere Generation zum derzeitigen Erfolg der deutschen Wirtschaft bei.

Bald aber werden die Babyboomer-Jahrgänge die größte Rentner- und Kran-

kenkohorte Europas sein. Die dann das Ruder übernehmenden Geburtsjahrgänge ab 1990 sind halb so groß und weisen nur ein Viertel der Talente von 1964 auf. Sie bestehen fast zur Hälfte aus Menschen, die keine ausreichenden Sprachkenntnisse, eine nur minimale Bildung, massive Lese- und Rechenschwächen oder große kulturelle Probleme mitbringen, oft sogar mehrere dieser Nachteile auf einmal.

Klasse der Verlierer

Bereits heute gibt es in fast keinem anderen Land Europas eine so hohe Arbeitslosigkeit der wenig Gebildeten wie in Deutschland. Bei uns sind dreimal so viele Geringqualifizierte arbeitslos wie in Italien, Spanien oder England und fast viermal so viele wie in den Niederlanden. Von den Hauptschulabsolventen hatte 2004 nur noch jeder Zweite einen Ausbildungsplatz. Von denen ohne Abschluss sogar nur rund jeder Sechste.

Auch in den nächsten Jahren wird sich die Lage für die Geringqualifizierten nicht verbessern. Im Gegenteil, es werden ihrer mehr. So stammen mittlerweile 40 Prozent aller neu auf den Arbeitsmarkt drängenden jungen Menschen in den westdeutschen Großstädten aus Migrantenfamilien.

Unser Bildungssystem hat die falsche Produktpalette für die Globalisierung der Wirtschaft. Die Nachfrage nach unserem Massenprodukt – Menschen, die nur für einfachste Arbeiten geeignet sind – wird sinken. Dagegen wird die Nachfrage nach Hochqualifizierten steigen – unserem Spezialprodukt, wo wir schon jetzt Liefer-schwierigkeiten haben. Unter diesen Bedingungen kann Deutschland auf lange Sicht nicht zu den Gewinnern der Globalisierung gehören, auch wenn wir es beim Export heute noch sind.

Hier geht es nicht um eine Kritik an der Leistungsgesellschaft oder an einer Leistungselite. Vielmehr geht es darum, dass

wir keine Leistungsgesellschaft sind und auch keine echte Leistungselite hervorbringen. Deutschland ist ein Land, in dem eine relativ satte und gleichzeitig verunsicherte Klasse mit vererbten Privilegien die größte Angst vor der Leistungsgesellschaft hat. Sie meint, ihren eigenen Status nur halten zu können, indem sie andere Gruppen noch mehr als in der Vergangenheit ausgrenzt. Weil die Privilegierten die Schotten dichtmachen, wird sich der Zweiklassenstaat im Rahmen der Globalisierung verstärken. Die Gefahr wächst aber, dass dabei alle im Boot erstickten.

Wie wird die Klasse der Verlierer langfristig mit ihrer Perspektivlosigkeit umgehen? Wenn Fachkräfte händeringend gesucht werden, man aber selbst weiter arbeitslos bleibt, wie das jetzt schon viele *Hartz-IV*-Empfänger erleben, kann man leicht verzweifeln und auf dumme oder gar radikale Gedanken kommen.

Wir unterschätzen das zerstörerische Potenzial solcher Entwicklungen. Nichts zerrüttet die seelische und körperliche Gesundheit des Einzelnen schneller als Arbeitslosigkeit. Auch besteht die Gefahr, dass die Betroffenen ins soziale Abseits abdriften. Sie identifizieren sich nicht mehr mit der Gesellschaft und neigen stärker zu Fremdenfeindlichkeit, politischem Extremismus oder gar kriminellen Handlungen.

Der Staat müsste daher alles unternehmen, um gerade die Arbeitslosigkeit derjenigen zu verhindern, die wenig Bildung haben. Er tut aber das Gegenteil. Er zerstört ihre Beschäftigungschancen nicht nur durch sein Versagen im Bildungs-bereich, sondern auch durch die hohen Sozialabgaben auf Arbeit, die vom ersten Euro an zu zahlen sind.

Weil sich die gut verdienenden Berufstätigen und die Bezieher von Kapital-, Miet- und Zinseinkommen nur unterproportional oder gar nicht an der Finanzierung des deutschen Gesundheits-, Renten- und Pflegesystems sowie der Arbeitslosenversicherung beteiligen, werden die Kos-

ten dafür wie in fast keinem anderen europäischen Land auf Beiträge vom Lohn abgewälzt. Alle anderen Einkommen und auch die Einkommensteuer werden zu Lasten der Arbeitseinkommen geschont.

Die hohen Lohnnebenkosten sind auf allen Lohn Ebenen ein Problem, spielen für die Steigerung der Arbeitslosigkeit aber nur für die Geringqualifizierten eine wirklich große Rolle. Zum einen haben sie kaum einen Anreiz, überhaupt zu arbeiten, wenn ihnen *Hartz IV* bald mehr einbringt als ein regulärer Job. Zum anderen ist der Arbeitgeber im Niedriglohnbereich am wenigsten auf ihre Arbeitskraft angewiesen. Er kann nicht nur die Arbeit ins Ausland verlagern, er kann auch EU-Ausländer in Deutschland beschäftigen oder die Arbeit durch Maschinen wegrationalisieren, zumindest in einem Maß, wie dies bei anspruchsvollen Jobs nicht möglich ist. Unzählige Jobs für deutsche Geringqualifizierte sind auf diese Weise bereits verloren gegangen.

Die beste Lösung bestünde darin, ei-

nen erheblichen Anteil oder sogar alle Sozialabgaben für Geringverdiener durch Steuern zu bezahlen. Ihre Nettolöhne und die dem Arbeitgeber dafür entstehenden Kosten müssten so dicht wie möglich aneinanderrücken.

Natürlich tun sich vermeintlich linke Positionen in der Politik schwer mit der Vorstellung, dass dann ein Teil der Löhne vom Steuerzahler bezahlt würde. Aber was ist die Alternative? Die Alternative ist die Schonung der Steuern der Einkommensstärksten mit der Folge der Arbeitslosigkeit der Ärmsten. Heute lassen sich die Privilegierten, die das höchste zu versteuernde Einkommen haben, durch Beitragsbemessungsgrenzen und durch ihre Vorteile im Rentensystem von den Einkommenschwächsten subventionieren. Ein untragbarer Zustand.

Aus der Sicht der Ökonomie sind viele der hier beschriebenen Zusammenhänge weitgehend unstrittig. Wirtschaftswissenschaftler aller politischen Grundüberzeu-

gungen stimmen darin überein, dass unser Bildungssystem, unser Gesundheitssystem und unser Pflegesystem ineffizient sind. Ich kenne auch keinen einzigen internationalen Spitzenökonom, für den es nicht problematisch wäre, dass der deutsche Sozialstaat so stark über die Belastung der Lohnkosten finanziert würde. Kein Wirtschaftswissenschaftler von Rang protestiert bei der Aussage, dass unsere Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik besonders die Geringqualifizierten benachteiligt.

Warum sich nichts ändert

Obwohl das wissenschaftliche Urteil so einhellig und so vernichtend ausfällt, ändert sich nichts. Warum? Nun, ein Grund ist sicher der, dass wir den Krebs im Inneren noch nicht spüren. Viele unterschätzen, wie schlecht unser Bildungswesen und unser Gesundheitssystem wirklich sind. Der zweite und viel wichtigere Grund ist aber die politische Macht der Privilegierten, die schon jetzt die Reformen blockieren und dies auch in Zukunft tun wollen.

Aus ihrer Sicht scheint es vernünftig, sich so lange wie möglich gegen die notwendigen Reformen zu wehren. Sie profitieren auf jeden Fall davon, dass Arbeiter- und Migrantenkinder ihren Kindern keine Konkurrenz im Gymnasium und im Studium machen. 85 % der Kinder von Beamten besuchen das Gymnasium. Für sie funktioniert unser Bildungssystem, es kann nur schlechter werden. Beamte, Gutverdiener und Selbstständige hätten auch keinen Vorteil davon, wenn sie sich an der Finanzierung der Systeme der sozialen Sicherung beteiligen würden und dabei die Vorzüge der Zweiklassenmedizin für sich auch noch einbüßen müssten. Für Selbstständige ist es lukrativer, sich privat für das Alter abzusichern, statt die Rente all derer mitzuzahlen, die in den neuen Bundesländern lange Erwerbsbiografien vorweisen können und heute eine Rente beziehen, die

im Durchschnitt sogar höher ist als in den alten Bundesländern. Für Beamte ist es natürlich günstiger, sich eine bessere Gesundheitsversorgung vom Steuerzahler bezahlen zu lassen, statt mit für die Gesundheitsversorgung der Arbeitslosen einzustehen.

In der politischen Ökonomie gilt das Gesetz, dass es für ein Sozialsystem langfristig den Tod bedeutet, wenn die Meinungsführer der Gesellschaft darin nicht mitversichert sind. Dann ist es aus ihrer Sicht nur ein Kostenfaktor und hat keinen Bezug zu ihrem eigenen Leben. In diesem Sinne sind unsere Sozialsysteme und auch die unteren Stufen unseres Bildungssystems dem Tod geweiht. Die meisten Politiker, Ministerialbeamten, Topjournalisten, Professoren und Unternehmer, diejenigen Gruppen also, die den politischen Druck gegen die einflussreichen Lobbyisten der Privilegierten aufbauen könnten, gehören selbst zu den Privilegierten. Nur im Ausnahmefall werden sie sich für Reformen stark machen, durch die sie eigene Vorteile einbüßen.

Ein echter Abbau der Zweiklassenmedizin mit einem weniger über die Löhne finanzierten Gesundheitssystem wäre ein Segen für die Gesundheit der Bevölkerung und für den Arbeitsmarkt. Das ließe sich aber nur gegen den massiven Widerstand der privilegierten Bevölkerungsgruppen durchsetzen.

Duschen, ohne nass zu werden

Viele einflussreiche Leute sowie die ihnen nahestehenden Zeitungs- und Fernsehredakteure verlangen, flankiert von Gutachten willfähriger Professoren, vom Staat dabei genau die Reformen, die sie im Hintergrund selbst blockieren.

So sollen die Lohnnebenkosten sinken, gleichzeitig aber die Steuern für die Reichen gesenkt werden. Wie soll das gehen? Die Beitragssätze für die Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung

können nicht gesenkt werden, wenn gleichzeitig die Einkommensteuer gesenkt wurde, die Unternehmenssteuer erneut gesenkt werden soll, die Vermögenssteuer abgeschafft wurde und die gerechteste aller Steuern, die Erbschaftssteuer, auf einem international einmalig niedrigen Niveau bleiben soll.

Ähnlich ist es mit den dringend notwendigen Reformen unseres Bildungssystems. Nach einem Vortrag vor Parteifreunden zu diesem Thema stimmte mir unlängst eine Parteigenossin zu, dass jetzt die Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild endlich kommen müsse. Als ich Minuten später die Abschaffung der Gymnasien forderte, ging ich aus ihrer Sicht zu weit. Aber wie soll man duschen, ohne nass zu werden? Es geht nicht ohne eine Kampfansage an die bestehenden Strukturen, so unangenehm und gefährlich diese Konfrontation für viele von uns ist. Eine allgemeine Pflicht zum Vorschulbesuch und zur Sprachförderung wird nur gegen großen Protest durchzusetzen sein. Hier gibt es keine *Win-Win*-Lösungen, von denen sofort alle profitieren.

Die Akzeptanz der Demokratie wird unterhöhlt

Ohne Reformen zulasten der Privilegierten werden die nächsten Generationen ungerechte und ineffiziente Sozialsysteme erben und in einem Staat leben, dessen Bevölkerung unaufhaltsam schrumpft. Das wird nicht nur unsere Wirtschaftskraft schwächen, sondern auch die Akzeptanz der Demokratie in Deutschland unterhöheln. Unser Staat scheint noch gerechter, als er ist. Die meisten werden den Staat bald als ungerecht durchschauen und sich entsprechend benehmen. Ein Zweiklassenstaat fördert die moralisch niedrigsten Verhaltensweisen in seiner Bevölkerung und hat gleichzeitig nicht die moralische Autorität, sich darüber zu erheben.

Die Schaffung von Gerechtigkeit wird heute von zu vielen als Kürprogramm des Staates gesehen, dabei ist es seine zentrale Pflicht. Die Privilegierten und ihre Lobbyisten behaupten aber, die Produktivität sei wichtiger. In Wahrheit jedoch verliert unsere Gesellschaft an Produktivität, weil sie so ungerecht ist. Dies werden in Deutschland immer mehr Menschen begreifen. Und auch die Bildungsarmen werden zum Schluss erkennen, dass der Staat es war, der sie im Auftrag einer kleinen Herkunftselite um ihre Chancen betrogen hat.

Bei den geforderten Reformen geht es nicht um eine Umverteilung des Wohlstands, sondern um die Schaffung von Gerechtigkeit, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern und zu mehren. Was die vom Unrecht Profitierenden als Neid abtun, ist in Wahrheit die Grundlage für den politischen Konsens in unserer Gesellschaft. Diesen Konsens wiederherzustellen würde ein riesiges politisches Vakuum in Deutschland füllen.

Eine Politik für eine gerechte Gesellschaft erfordert sehr viel Mut, muss man sich dafür doch mit vielen etablierten Entscheidungsträgern anlegen, die einen großen Teil der Wirtschaft und der Medien auf ihrer Seite haben. Sie arbeiten im Hintergrund, verfügen über einflussreiche Netzwerke und verlangen fortwährend nach Reformen, die den Zweiklassenstaat weiter zementieren würden. Leider gehen ihnen viele Politiker ins Netz. Auch Politiker, die selbst aus bescheidenen Verhältnissen kommen, vergessen oft ihre Herkunft und scheuen die Konfrontation zum Wohle derer, die heute ohne die Chancen sind, auf die sie selbst noch vor kurzem angewiesen waren.

Der Kampf für Gerechtigkeit, und nicht die Bedienung einer kleinen Klientel von Saturierten, ist aber die zentrale Aufgabe der Politik. Es ist zu hoffen, dass sich über alle Parteigrenzen hinweg wieder mehr von uns darauf besinnen. Denn auf keinem anderen Schlachtfeld als in der Politik kann der Zweiklassenstaat überwunden werden.